

Industrialisierung und Technisierung in Preußen

Sebastian Pella

I. Hintergrund: Entwicklungslinien der deutschen Industrialisierung

Die in Großbritannien seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert begründete Industrialisierung bewirkte auch „in Preußen- Deutschland eine radikale Umwälzung aller gesellschaftlichen Bereiche“^{1[1]}, deren weitreichendste Folgen in der Entstehung einer industriell geprägten Massengesellschaft – begleitet von einer umfassenden Technisierung, aber auch sozialen Spannungen und Verwerfungen – sowie neuer Bevölkerungsschichten zu Ende des 19. Jahrhunderts sichtbar wurden. Der rund ein Jahrhundert anhaltende Industrialisierungsprozeß griff in Deutschland aber erst ein halbes Jahrhundert nach dessen Anfängen in Großbritannien.^{2[2]} Die erste Industrialisierungsphase (1835 bis 1873) entfaltete sich in den deutschen Territorien zunehmend seit den 1830er Jahren, was sich anhand zahlreicher Kriterien verdeutlichte: die lohnabhängige, besitzlose Arbeiterschaft dehnte sich in so einem Maße aus, daß „man im Zusammenhang mit der Beseitigung der feudalen Abhängigkeiten auf dem Lande (Bauernbefreiung) von der Schaffung einer neuen Gesellschaft sprechen kann“^{3[3]}. Diese sozialen Umwälzungen wurden von einer veränderten Produktionstechnik, der Maschinerisierung begleitet, die im ökonomischen Sektor eine erhebliche Kapitalvermehrung und -konzentrierung implizierte. Des Weiteren erfolgte mittels der Schaffung des Deutschen Zollvereins eine Vereinfachung des Handels und somit der Arbeitsteilung sowie der technischen Kommunikationsmöglichkeiten. Weitere Indikatoren für den Industrialisierungsprozeß stellten die effektivere Ausrichtung des Bankwesens, wodurch Kapital für weitreichende Finanzierungen und Investitionen in Verkehrswesen und Industrie freigesetzt wurde, und die Entstehung innovativer Verkehrsinfrastruktur in Gestalt des Eisenbahnbaus dar. Neben diesen Voraussetzungen, fördernden Bedingungen oder auch Resultaten des auch als „Industrielle Revolution“ bekannten Wandels waren technische Neuerungen, Erfindungen und persönliche Eigeninitiative die eigentlichen Triebkräfte der Industrialisierung, wobei Innovationen wie Dampfmaschine, mechanischer Webstuhl oder

^{1[1]} Peter Brandt (Bearb.): Preußen. Versuch einer Bilanz: Zur Sozialgeschichte eines Staates. Eine Darstellung in Quellen, Bd. 3. Reinbek 1981 S. 222.

^{2[2]} Vgl. Wolfgang König: Massenproduktion und Technikkonsum. Entwicklungslinien und Triebkräfte der Technik zwischen 1880 und 1914. – In: Wolfgang König/ Wolfhard Weber: Netzwerke, Stahl und Strom. 1840 bis 1914. Frankfurt am Main, Berlin 1990 [Propyläen Technikgeschichte. Bd. 4]. S. 272.

^{3[3]} Friedrich- Wilhelm Henning: Die Industrialisierung in Deutschland 1800 bis 1914. 8. Aufl. München u.a. 1993. S. 113.

Spinnmaschine nur die bekanntesten der zahlreichen technischen Neuentwicklungen darstellten.^{4[4]}

Obwohl die erste Industrialisierungsphase „das Ungleichgewicht der deutschen Wirtschaft zwischen Ost (Agrar) und West (Industrie)“^{5[5]} noch nicht beseitigen konnte, vermochte diese aber die Schaffung von Rahmenbedingungen für die expansionsartige Entwicklung des deutschen Kaiserreichs zu einem industriell dominierten Staat. In diesem Zusammenhang wirkten besonders die Gründung des Zollvereins 1833/34 sowie die 1871 vollzogene Reichsgründung als Motoren des deutschen Industrialisierungsschubes. Die Industrie beeinflusste nun entscheidend die gesellschaftlichen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse in der Zeit von der Reichsgründung bis zum Ersten Weltkrieg und entwickelte sich hierauf begründet zu einem wichtigen innen- wie außenpolitischen Faktor, der die Machtposition des Deutschen Reiches (nach der „Gründerkrise“ 1873) wesentlich untermauerte. Die beachtliche Entwicklung des industriellen Sektors im deutschen Kaiserreich errang „besonders mit jenen Branchen eine starke internationale Position, in denen hohe technische Qualifikationen eine wichtige Rolle spielten“^{6[6]}, wovon beispielhaft die optische, feinmechanische, chemische oder elektrotechnische Industrie genannt seien, und trug maßgeblich zur Etablierung Deutschlands als politischer Machtfaktor im europäischen Raum bei.^{7[7]}

Industrialisierung und Technisierung in (Ost-)Preußen

Die 1871 vollzogene Reichsgründung hob prinzipiell die getrennte Entwicklungslinie Ost- und Westpreußens als eigenständige Einheiten auf. Die schon längst mit dem preußischen Staat verbundenen Provinzen „gingen nun auf in der Lebensgemeinschaft mit dem politischen, wirtschaftlichen und geistigen Wollen des gesamten Deutschlands“^{8[8]}. Der ökonomische Aufschwung Preußens seit den 1870er Jahren repräsentierte diese Symbiose, wobei insbesondere der steigende Bedarf an Nahrungsmitteln zur Expansion der preußischen Landwirtschaft beitrug. Gleichsam manifestierte sich der wirtschaftliche Aufstieg und die Integration Preußens in das Deutsche Reich im wachsenden Austausch von Menschen innerhalb des Reiches, dem Abrücken von dezidiert preußischer Innenpolitik sowie der verstärkten Angleichung einheimischer Lebens- und Kulturformen an die allgemeinen

^{4[4]} Vgl. Ebd. S. 113-115.

^{5[5]} Ebd. S. 123.

^{6[6]} Wolfgang König (Anm. 2). S. 272.

^{7[7]} Ebd. S. 272-273. Friedrich- Wilhelm Henning (Anm. 3).S. 205.

^{8[8]} Bruno Schumacher: Geschichte Ost- und Westpreußens. Augsburg 1993 (Nachdruck der 7. Aufl. 1987). S. 281.

deutschen Formen.^{9[9]} Die wachsende Verflechtung der preußischen mit der restdeutschen Wirtschaft kann aber nicht über das zunehmende industriewirtschaftliche Übergewicht Preußens hinwegtäuschen. In Preußen – ähnlich der gesamten Reichsentwicklung – schwand der Anteil der Landwirtschaft an der Gesamtökonomie bis zum Ende des Kaiserreichs, so daß sich der Charakter Preußens von einem agrarisch geprägten Gebiet zu einem Industrie- und Handelsraum transformierte, in dem Fabrikindustrie, Bergbau, Versicherungen, Banken, Schifffahrt und Eisenbahn zusehends die Landwirtschaft in ihrer Bedeutung verdrängten, wobei die Industrialisierung die ostpreußischen Gebiete weniger tangierte als beispielhaft die preußische Rheinprovinz.^{10[10]} Im Zusammenhang mit diesen geschilderten Entwicklungslinien würdigt Winfried Ranke im ersten Katalogband der 1981 in Berlin präsentierten Ausstellung „Preußen – Versuch einer Bilanz“ die preußische Entwicklung, deren Resultat „die technologische Fortschrittlichkeit und die wirtschaftliche Führungsrolle Preußens im Deutschland des 19. Jahrhundert“^{11[11]} darstellte.

Doch wo liegen die Ursprünge dieser preußisch- deutschen Erfolgsgeschichte?

Obleich der auf der staatlichen Kontrolle von Warenproduktion und –verkehr beruhende Merkantilismus im Preußen des ausgehenden 18. Jahrhunderts die geltende Wirtschaftsordnung war, begannen Diskussionen über Privatisierungs- und Freihandelsprinzipien. Das Fehlen eines unternehmerisch orientierten, kapitalkräftigen Bürgertums implizierte die Beschäftigung mit ökonomischen Alternativen in einem anderen Milieu, der Beamtenschaft. Im historischen Kontext des Wiener Kongresses wurden strukturpolitische Bedingungen geschaffen, die eine wirtschaftliche Verlagerung nach Westen bedeuteten, womit auch in Preußen freie Unternehmer, vorwiegend aus den Rheinlanden stammend, ihre ökonomische und politische Bedeutung steigern konnten. Gleichsam dominierten bis in die 1830er Jahre die von „oben“ initiierten Reformen sowie die von Behörden und Beamten ausgearbeiteten Förderungsprogramme die Wirtschaftspolitik Preußens. In den preußischen Staatsbetrieben verdeutlichte sich aber auch die der staatlichen Wirtschaftslenkung inhärente Möglichkeit zur Schaffung technologischer Innovationen und von oben geplanter Modernisierung, wobei in dieser Phase auch erste größere Privatunternehmen (z.B. Maschinenbauanstalt John Cockerills) heranwuchsen.^{12[12]}

^{9[9]} Vgl. ebd.

^{10[10]} Vgl. Wilhelm Treue: Preußische Wirtschafts- und Technikgeschichte im 19. Jahrhundert. – In: Büsch, Otto/ Neugebauer, Wolfgang (Hrsg.): Moderne preußische Geschichte: 1648-1947. Bd. 2. Berlin, New York 1981. S. 1132f.

^{11[11]} Gottfried Korff (Hg.): Preußen. Versuch einer Bilanz. Ausstellungsführer, Bd. 1. Reinbek 1981 S. 386.

^{12[12]} Ebd. S. 387.

Offenkundig verlief der preußische Industrialisierungsprozeß different zur Entwicklung in Großbritannien, was bereits in der Vorbereitungsphase der Industrialisierung mit dem dargestellten bürokratischen Wirtschaftsliberalismus (liberale Gesetzgebung, Gewerbeförderung und teilweise staatliche Eingriffe) seinen Ausdruck fand. Das Herz dieses „Beamtenliberalismus der Reform- und Nach- Reformzeit, auf Grund dessen spezifischer (...) Auswirkungen auf den Industrialisierungsprozeß man auch von einem besonderen ‚preußischen Weg‘ in der Industrialisierung sprechen kann, war zweifellos die kapitalistische Transformation der Agrarverfassung, die (...) zu den grundlegenden Voraussetzungen für die Durchsetzung des Industriekapitalismus gehört[e]“^{13[13]}.

Die Geburtsstädte der Industrialisierung und Mechanisierung, das britische „Empire“ exportierte neben seinen Handelsgütern auch Unternehmer, Ingenieure und technische Neuerungen, so daß britische Maschinen, Fertigungs- und Produktionstechniken, aber auch ökonomische Theorien (Freihandelsprinzip, Wirtschaftsliberalismus) auf den Rest Europas übergriffen. Darüber hinaus bemühten sich die kontinentalen Mächte selbst um den Import geistiger Güter, so auch Preußen, wo „der Technologietransfer (...) in der Frühphase der Industrialisierung Preußens zur wesentlichen Aufgabe und Leistung staatlicher Gewerbeförderung“^{14[14]} wurde. Innerhalb des Industrialisierungsprozesses Preußens „spielte der Auf- und Ausbau eines hochentwickelten technischen Ausbildungswesens (...) von vornherein eine zentrale Rolle“^{15[15]}. Repräsentativ hierfür steht die Person des Direktors der „Technischen Deputation für das Gewerbe“ Peter Christian Beuth, der in dieser Funktion 1821 die „Technische Schule“ – die Vorgängerorganisation des „Königlich- preußischen Gewerbeinstituts“ – als erste technische Lehr- und Lernanstalt Preußens gründete. Darüber hinaus begründete Beuth in Zusammenarbeit mit dem berühmten Karl Friedrich Schinkel die Zeitschrift „Vorbilder für Fabrikanten und Handwerker“, die, begleitet von dem ebenfalls aus Beuths Initiative entstandenen „Verein zur Beförderung des Gewerbefleißes in Preußen“, als Plattform zur Vorstellung technischer Innovationen und Erfindungen aus dem Ausland diente und somit maßgeblich zur Verbreitung technischen und industriellen Fortschritts in Preußen beitrug.^{16[16]} Dies verdeutlicht, daß „die staatliche Gewerbeförderung (...) somit nicht nur Auswirkungen auf technische Bildung, Betriebsorganisation und maschinelle Ausrüstung, sondern auch auf die Gestaltung der Produkte“^{17[17]} hatte, was sich unter anderem im Formenreichtum der Eisengußprodukte der preußischen Hütten widerspiegelte.

^{13[13]} Peter Brandt (Anm. 1.). S. 224.

^{14[14]} Gottfried Korff (Anm. 11). S. 387.

^{15[15]} Peter Brandt (Anm. 1). S. 224

^{16[16]} Vgl. Gottfried Korff (Anm. 11). S. 387f; Friedrich- Wilhelm Henning (Anm. 1). S. 120.

^{17[17]} Gottfried Korff (Anm. 11). S. 388.

Neben der Initiative von Einzelpersonen beruhte die im 19. Jahrhundert expandierende Technisierung der Wirtschaftsstrukturen vornehmlich auf mechanischen Neuerungen, wobei insbesondere die Dampfmaschine einen wesentlichen Einfluß auf den Industrialisierungsprozeß ausübte. Die durch diese technische Innovation ermöglichte Standortunabhängigkeit förderte die räumliche Expansion der Fabrikanlagen, die für eine maschinelle Massenproduktion unabdingbar war. Weiterhin bewirkte die rasche Verbreitung der Dampfmaschinen – 1848/49 existierten in Preußen 1445, im Jahr 1866 bereits 8669 – die fortschreitende Mechanisierung und Arbeitsteilung der preußischen Wirtschaftsstruktur. Neben diesen positiven Aspekten brachte die zunehmende Maschinisierung aber auch Krisenmomente für die preußische Textilindustrie mit sich, „die zu schweren Beeinträchtigungen der Hausindustrie und zum Rückgang der Produktion in traditionellen Gebieten der Garn- und Tuchherstellung führten“^{18[18]} und ihren traurigen Höhepunkt im Aufstand der schlesischen Weber (1844) fanden. Gleichsam betroffen war das herkömmliche Handwerkswesen, das seit der Einführung der Gewerbefreiheit (1810) dem wachsenden, durch die industrielle Massenproduktion forcierten Konkurrenzdruck in Form von sozialen Verwerfungen ausgesetzt war. Die initiierten Maßnahmen zur gesellschaftlich-wirtschaftlichen Gegensteuerung (Schutzmaßnahmen in der Gewerbeordnung von 1845) verhallten ergebnislos, so daß die handwerklichen Mittel- und Kleinbetriebe weiterhin eine Kapitalschwäche aufwiesen, die sie von der notwendigen Teilhabe an der technischen Modernisierung ausschlossen. Die positiven Auswirkungen des Industrialisierungsprozesses schlugen sich hingegen im privaten Unternehmertum, vor allem in Fabrikneugründungen in Berlin und im Rhein- Ruhr- Gebiet, nieder, das „von staatlicher Gewerbeförderung und Handelspolitik sowie einer zunehmenden Bereitschaft zum Kapitaleinsatz profitiert[e]“^{19[19]}. Obgleich der politische Liberalismus seine Vorstellungen in den Ergebnissen der Revolution von 1848 scheitern sah, erlangten die „vom kapitalstarken Großbürgertum getragenen Vorstellungen und Erwartungen eines ökonomischen Liberalismus“^{20[20]} zunehmend an Bedeutung. Die Bestimmungen des 1849/50 vereinbarten Verfassungskompromisses sahen die Unterordnung unter die außenpolitische und militärische Entscheidungsgewalt des Staates vor, erlaubten aber gleichsam eine „größere wirtschaftliche Bewegungsfreiheit im Bündnis zwischen Industriekapital und Großgrundbesitz“^{21[21]}, so daß der Verzicht auf politische Partizipation zulasten der besitzlosen Arbeiterschaft zwar den Klassengegensatz forcierte,

^{18[18]} Ebd.

^{19[19]} Ebd. S. 389.

^{20[20]} Ebd.

^{21[21]} Ebd.

gleichzeitig jedoch den Unternehmern eine enorme Verfügungsgewalt über das eingekommene Kapital zugestand. Letztlich ermöglichte also die Schutzfunktion des geordneten und politisch gefestigten Staates Preußens die ungehinderte Durchsetzung der Industrialisierung. Die steigende Produktivität im privaten Sektor machte die unmittelbare Beteiligung des Staates an der Güterproduktion obsolet, so daß nach 1848 die staatlichen Betriebe zunehmend privatisiert wurden. Darüber hinaus bewirkten die zuvor staatlicherseits eingeleiteten Maßnahmen zur Vereinfachung des Personen-, Güter- und Nachrichtenverkehrs eine langfristige Optimierung dieser Branchen und schufen somit die infrastrukturell-technischen Rahmenbedingungen für die Industrialisierung Preußens. Weiterhin erfolgten im preußischen Staat bereits 1818 die Aufhebung der inneren Zollgrenzen und die Einführung eines einheitlichen Zolltarifs. Diese Entwicklung setzte sich mit dem Bemühen des preußischen Finanzministers von Motz um den 1834 vollzogenen Zusammenschluß von achtzehn deutschen Ländern aus dem Deutschen Bund zum Deutschen Zollverein fort, deren wichtige Bedeutung die Schaffung von Voraussetzungen für die Vereinheitlichung des deutschen Marktes und dessen äußerer Absicherung darstellte.^{22[22]}

Die expandierende Technisierung implizierte den (gleichzeitigen) Ausbau einer handels- und wirtschaftsstrategisch benötigten Infrastruktur: Straßennetz und Schifffahrtswege erfuhren so eine stetige Erweiterung. Neben der Dampfschifffahrt, die seit den 1830er Jahren auch für den Lastverkehr erschlossen wurde, schuf wesentlich der ab 1835 beginnende Eisenbahnbetrieb mit Dampflokomotiven innovative Transportmöglichkeiten für Gewerbe und Handel sowie darüber hinaus neue Absatzgebiete für die Maschinen- und Stahlbauindustrie. Hieraus resultierte die immense Bedeutung des Eisenbahnbaus als eine Schlüsselfunktion für die sich etablierende Industrialisierung. In Preußen blieb der Eisenbahnbau und -betrieb bis 1848 zunächst in privater Hand, was vor allem dem latenten Geldmangel des Staates geschuldet war. Der grundlegende Wandel in der preußischen Finanzlage nach 1848 veranlaßte den Staat jedoch zum Streben nach der Dominanz über diese neuen Verkehrswege, so daß eine Verstaatlichungspolitik initiiert wurde, die sich mit der in den Reichseinigungskriegen gewonnenen Erkenntnis über den strategisch- operativen Nutzen eines dichten Eisenbahnnetzes noch verstärkte. Die zahlreichen preußische Unternehmer, die von der Eisenbahnkonjunktur profitierten, verdeutlichten „Fortschrittdynamik, technische Rationalität und Zukunftsoptimismus der Wachstumsindustrie Eisenbahn anschaulich: vorausblickende Firmengründung und Produktionsplanung, Auseinandersetzung mit der englischen Konkurrenz, schnelle Produktionssteigerung, Vergrößerung der Fabrikanlagen,

^{22[22]} Vgl. ebd. S. 388-390; vgl. auch Peter Brandt (Anm. 1). S. 226f.

patriarchalisch strenge Betriebsführung, öffentliche Anerkennung der Person des Fabrikherrn und schließlich eine den dichtenden und bildenden Künsten übertragene poetische Versöhnung von Unternehmererfolg und Arbeiterleistung^{23[23]} bildeten die Wurzeln des Erfolges der preußischen und auch deutschen Industrialisierungsleistung. Das Eisenbahnwesen stellte somit den Motor der preußisch- deutschen Industrialisierung dar, „indem er direkt oder indirekt eine enorme Steigerung der Eisen- und Kohleproduktion nach sich zog“^{24[24]}.

Im Kontext der Expansion des Eisenbahnwesens erfuhr auch der Nachrichten- und Informationstransfer (elektrische Telegraphie, Post) eine Technisierung und Mobilisierung, wodurch wiederum neue Möglichkeiten der umfassenden Elektrifizierung (Entwicklung der stromerzeugenden Dynamomaschine durch Werner von Siemens 1867) von Wirtschaft und Gesellschaft einhergingen.^{25[25]}

Ein weiterer Grundstein für die erfolgreiche wirtschaftspolitische Entwicklung Preußens im 19. Jahrhundert bildete der auf dem Wiener Kongreß 1815 errungene Gebietsgewinn im deutschen Westen, wodurch zu den Erz- und Kohlelagern in Schlesien sowie den Kupfervorkommen im Mansfeldischen die Kohlereviere im Saargebiet und an der Ruhr, die Eisenerzgruben im Siegerland, die Zinkgruben im Harz und der Bleibergbau in der Eifel als natürliche Ressourcen hinzutraten und somit einen gewaltiges finanzielles Potential für die weitere industrielle Entwicklung des Landes entstand. Herausragende Bedeutung für den Industrialisierungsprozeß in den Rheinprovinzen und Schlesien errang die für die Dampferzeugung sowie das Antreiben der Hochöfen benötigte Kohle, die auch die Voraussetzungen für die umfassende Maschinisierung im Bergbau schuf. Zunächst unterstand diese Industriebranche in Preußen der Aufsicht staatlicher Bergbeamter: „diese meist hochqualifizierten Fachleute förderten die technische Modernisierung der Zechen und die kartographische Erfassung der Schachtanlagen und Lagerstätten“^{26[26]}. Mit der Aufhebung des staatlichen Direktionsprinzips im 1865 verabschiedeten Berggesetz erfolgte der Übergang der Zechenleitung auf Privatunternehmen und Kapitalgesellschaften, wodurch die ehemals selbständigen Knappschaftsvereinigungen der Bergarbeiter nunmehr an Bedeutung sowie Einflußmöglichkeiten verloren und „damit (...) auch im Bergbau die Trennung von Kapital und Arbeit endgültig vollzogen“^{27[27]} war.

^{23[23]} Ebd. S. 390.

^{24[24]} Peter Brandt (Anm. 1). S. 227.

^{25[25]} Vgl. Gottfried Korff (Anm. 11). S. 390f.

^{26[26]} Ebd. S. 391.

^{27[27]} Ebd.

Die Übernahme der Koksbeheizung von Hochöfen aus dem britischen Raum bewirkte in Preußen auch eine grundlegende Veränderung des tradierten Hüttenwesens, d.h. Hüttenbetriebe und Kohlezechen gingen nunmehr eine sehr enge wirtschaftliche Verbindung ein, deren Resultat – auch begründet auf metallurgischen Forschungen und wachsenden Qualitätsanforderungen – die Entstehung immer neuer Schmelzverfahren für Eisen und Stahl (Bessemer-, Siemens- Martin- oder später das Thomasverfahren) darstellte. Das Heranführen von benötigtem Erz an die Kohle förderte „eine immer stärkere Betriebskonzentration und [den] Zusammenschluß verschiedener Produktionsvorgänge zu einer Verarbeitungskette vom Bergbau über die Verhüttung zum Schmiede- und Walzwerk“^{28[28]}. Aufgrund dieser Konzentrationsprozesse sowie den zahlreichen technischen Neuerungen entstand ein Bedarf an Investitionsmitteln, der wiederum von Aktiengesellschaften und Banken aufgebracht wurde. Ähnlich dem Eisenbahnbau erfolgte auch in den Großunternehmen der Montanindustrie die Kapitalaufnahme durch Aktienausgabe, wobei den Börsen (Berlin als bedeutendster Börsenstandort Deutschlands nach 1866) als Umschlagsplatz sowie den Bankinstituten als Kapitalbeschaffer stetig steigende Bedeutung zufiel.^{29[29]} Trotz der sich seit den 1830er Jahren zunehmend durchsetzenden Technisierung und Industrialisierung war Preußen im ausgehenden 19. Jahrhundert aber immer noch ein agrarisch bestimmtes Land, in dem noch 1882 mehr Erwerbstätige in der Landwirtschaft (43,6 Prozent) als im gewerblichen Sektor (34,4 Prozent) angestellt waren. Gleichsam bewirkten die Änderungen der Agrarverfassung im Rahmen der Reformgesetzgebung (1807-1821) vor allem in den ostelbischen Gebieten Preußens einen langfristigen und schrittweisen Strukturwandel, der von der bis zu den Ablösungsgesetzen von 1850 bestehenden Koexistenz von alten Feudalbindungen und neuen Kapitalverhältnissen geprägt war. Der allmähliche Strukturwandel in den agrarischen Wirtschaftsbetrieben bewirkte zuvorderst die Mobilisierung von Arbeitskraft und Boden, wodurch dem Bürgertum die Möglichkeit gegeben wurde, „sich in die Landwirtschaft einzukaufen und sich mit den adligen Rittergutsbesitzern zu einer ‚neuen Klasse von Wirtschaftsunternehmern‘ (Hans Rosenberg) zu verbünden“^{30[30]}. Der mit der pathetischen Begrifflichkeit „Bauernbefreiung“ titulierte Vorgang initiierte eine Veränderung in der landwirtschaftlichen Arbeits- und Dienstleistung, die nunmehr in Form eines zeitlich befristeten Vertragsverhältnisses existierte und damit eine risikobehaftete Lohn- und Konjunkturabhängigkeit schuf. Diese Rationalisierung der Kapitalverhältnisse bedurfte einer Angleichung der landwirtschaftlichen Produktionsarten,

^{28[28]} Ebd. S. 392.

^{29[29]} Vgl. ebd. S. 391f.

^{30[30]} Ebd. S. 392.

wofür der Arzt und Landwirt Albrecht Thaer in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts die theoretischen Grundlagen legte, indem er „die Entwicklung des Landbaus durch eigene Forschungen, Fachpublikationen und Ausbildungsvorschläge“ förderte und hiermit die Großgrundbesitzer und Landwirte „für neue Methoden der Bodenkultivierung, des Fruchtanbaus und der marktgerechten Verwertung ihrer Agrarprodukte“^{31[31]} anregte. Die 1850 gesetzlich vollzogene Abschaffung der restlichen Feudalbindungen machte Entschädigungen notwendig, deren Resultat eine beachtliche Kapitalakkumulation bei den Großgrundbesitzern war. Dieses wiederum förderte die Investitionsbereitschaft in die Montanindustrie und den Eisenbahnbau, aber auch in die Technisierung und Mechanisierung der eigenen Betriebe.^{32[32]}

Aus der bis Ende des 19. Jahrhunderts anhaltenden Blüte der ostpreußischen Landwirtschaft entwickelte sich ein enormes Potential für die positive Gestaltung von Handel und Gewerbe. In diesem Kontext gewann die Produktion landwirtschaftlicher Maschinen sowie das Großmühlengewerbe an Bedeutung und beflügelte das industrielle Leben Ostpreußens. Gleichzeitig profitierten die großen Zellstofffabriken in Königsberg, Memel und Tilsit, deren Produktionsmittel vorzugsweise auf dem Wasserwege antransportiertes, russisches Holz darstellte, ebenso wie der Königsberger Getreidehandel von dem Transitverkehr mit Rußland. Grundsätzlich überwog in Königsberg, dem Herz Ostpreußens, der Einfuhrhandel (Kolonialwaren, Salz, Reis, Düngemittel, Erze, Heringe, Maschinen, Petroleum, u.a.) die Exporte, so daß an diesem Ort ein zunehmender Handelsaufschwung ermöglicht wurde. Die wirtschaftliche Expansion der „Kant“-Stadt war untrennbar mit der 1901 durchgeführten Vertiefung der Wasserstraße Königsberg- Pillau sowie dem Ausbau des Innenhafens (1902-1906) verbunden, womit auch gleichzeitig eine städtebauliche, räumliche Ausdehnung der Stadt über den ehemaligen Festigungsgürtel hinaus begründet wurde.^{33[33]}

Gleichsam erfuhr die Landwirtschaft aufgrund des zunehmenden Arbeitskräftereservoirs („Bauernbefreiung“; Bevölkerungszunahme) günstige Voraussetzungen für ein wirtschaftliches Wachstum – allerdings bezahlten dies die einfachen Landarbeiter mit niedriger Bezahlung und desaströsen Lebensverhältnissen. In diesem Kontext stellte sich die „Soziale Frage“, d.h. die Integration der besitzlosen Schichten in die soziale Staatshierarchie, auch in Preußen. In einer sozio- ökonomischen Struktur mit dem Gegensatz von weiträumigen Agrargebieten und massierten Industriezentren entstand die Notwendigkeit „die Massen des Land- und Stadtproletariats unter Kontrolle zu halten und sie dem Einfluß

^{31[31]} Ebd. S. 393.

^{32[32]} Vgl. ebd. S. 392f; vgl. Peter Brandt (Anm. 1). S. 224.

^{33[33]} Vgl. Bruno Schumacher (Anm. 8). S. 288.

klassenkämpferischer und revolutionärer Ideen zu entziehen^{34[34]}, um somit die staatliche Ordnung zu konservieren. Neben der Schulpolitik diente dem Staat hier vor allem eine Sozialpolitik und später –gesetzgebung als legitimes „Instrument zur Sicherung seiner monarchisch- militärischen Machtposition und der sie stützenden feudalkonservativen Gesellschaftsordnung“^{35[35]}.

Fazit

Preußen entwickelte sich in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zur stärksten und dominierenden Wirtschaftsmacht im deutschen Raum, so daß dem postulierten Führungsanspruch im Kreis der Zollvereinsmitglieder keinerlei Widerstand erwuchs. Obgleich Österreich nach 1848 noch einmal den Versuch zur Unterminierung der preußischen Vormachtstellung unternahm, scheiterte dies an machtpolitischen Konstellationen sowie den „Freihandelsinteressen der exportabhängigen preußischen Großagrarier“^{36[36]}. Im Zustandekommen des französisch- preußischen Handelsvertrages (1862) obsiegte die kleindeutsch- preußische Freihandelspolitik schließlich über den Protektionismusgedanken Österreichs, womit „auf wirtschaftspolitischem Gebiet (...) damit eine Entscheidung gefallen [war], die vier Jahre später in der Schlacht bei Königgrätz endgültig besiegelt wurde“^{37[37]} und die Chance auf eine großdeutsche Lösung auf lange Sicht verbaute. Der deutsch- dänische Krieg (1864/65) vertagte die Auseinandersetzung der beiden deutschen Großmächte um den politischen Führungsanspruch nur bis 1866, als „unter Einsatz der inzwischen verfügbaren Transport- und Waffentechnik“ die preußische Seite mit ihrer exzellenten Generalstabsplanung (Moltke) – von Bismarcks Militärpolitik kongenial vorbereitet – die „Eisenbahn- und Nachrichtenverbindungen ebenso ins technisch- rationale Kalkül gezogen [hatte] wie die überlegene Feuerkraft des preußischen Zündnadelgewehrs“^{38[38]}. Die rasche Niederwerfung Österreichs bestätigte den von Preußen innenpolitisch eingeschlagenen Weg einer Symbiose von Industrialisierung, Technisierung und militärischem Denken. Auf außenpolitischem Gebiet bedeutete der Sieg im „Bruderkrieg“ die endgültige Besiegelung der Vormachtstellung Preußens in Norddeutschland: neben dem schon halb kontrollierten Schleswig- Holstein annektierte es Frankfurt, Nassau, Hannover und Kurhessen. Darüber hinaus erfolgten die Auflösung des „Deutschen Bundes“ und die unter preußischer Regie initiierte Gründung des „Norddeutschen Bundes“, in dessen Strukturen deutlich die Machtposition Preußens repräsentiert war. Die Bevölkerung der in das preußische

^{34[34]} Gottfried Korff (Anm. 11). S. 394.

^{35[35]} Ebd.

^{36[36]} Ebd. S. 396.

^{37[37]} Ebd.

^{38[38]} Ebd.

Staatsgefüge inkorporierten Kleinstaaten begrüßten zumeist die neuen Herrschaftsverhältnisse, da die „Aufnahme in den wirtschafts- und machtpolitisch revolutionären Großstaat Preußen zumindest ökonomische, in manchen Fällen auch rechtliche Vorteile“^{39[39]} brachte.^{40[40]}

Zum Abschluß noch ein Resümee über den deutschen Industrialisierungsprozeß aus der Feder des berühmten Zeitgenossen Friedrich Engels:

„Was viel wichtiger ist als die Haupt- und Staatsaktion von 1866, das ist die Hebung der Industrie und des Handels, der Eisenbahnen, Telegraphen und ozeanischen Dampfschiffahrt in Deutschland seit 1848. Soweit dieser Fortschritt auch hinter dem gleichzeitig in England, selbst in Frankreich gemachten zurücksteht, für Deutschland ist er unerhört und hat in zwanzig Jahren mehr geleistet, als sonst ein ganzes Jahrhundert tat“^{41[41]}.

^{39[39]} Ebd.

^{40[40]} Vgl. ebd. S. 393-397; Zur Industrialisierung Preußens vgl. auch Peter Brandt (Anm. 1). S. 222-241.

^{41[41]} Friedrich Engels zitiert nach: ebd. S. 397.